

// Im Blickpunkt

Der Fokus der beiden Aufsätze in dieser Ausgabe ist auf Probleme gerichtet, denen sich Kapitalgesellschaften immer wieder stellen müssen: Einerseits besteht das Bedürfnis nach Gestaltungsmöglichkeiten bei der disquotalen Gewinnausschüttung (dazu der Beitrag von *Erhart/Riedel*). Andererseits sind in Konzernstrukturen immer wieder Umstrukturierungsmaßnahmen erforderlich. Diese werden durch steuerliche Maßnahmen wie die Verlustabzugsbeschränkung erschwert, wenn eine Tochtergesellschaft mit steuerlichem Verlustvortrag verkauft werden soll. Die dabei zu beachtenden steuerlichen Regelungen und Möglichkeiten zur Vermeidung dieser unliebsamen Rechtsfolge untersuchen *Rolf/Pankoke*.



Udo Eversloh, Ressortleiter Steuerrecht

Entscheidungen**BFH: Abgeordnetenpauschale verstößt nicht gegen Gleichheitsgrundsatz**

Durch Urteil vom 11.9.2008 hat der BFH in gleich drei Verfahren (VI R 63/04, VI R 81/04 und VI R 13/06) seine Entscheidung zur Rechtmäßigkeit der Abgeordnetenpauschale gefällt: Danach kommt eine Vorlage an das BVerfG nicht in Frage, wenn ein Steuerpflichtiger, der nicht zu den Abgeordneten des Deutschen Bundestags gehört, im finanzgerichtlichen Verfahren eine gleichheitswidrige Begünstigung der Abgeordneten auf der diesen gewährten steuerfreien Kostenpauschale rügt. Geklagt hatten Arbeitnehmer aus unterschiedlichen Berufsgruppen (Geschäftsführer, Rechtsanwalt und Steuerberater, Richter am Finanzgericht). Die gerügte Verfassungswidrigkeit sei – so der BFH – nicht entscheidungserheblich, da die genannten Berufsgruppen nicht mit derjenigen der Abgeordneten vergleichbar sei. Die für Abgeordnete aufgestellten Regelungen könnten daher nicht auf andere Berufsgruppen übertragen werden.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-2265-1 unter www.betriebs-berater.de

BFH: Wie ist der Begriff „Unterschrift“ unter USt-Vergütungsantrag zu verstehen?

Das Muster des Umsatzsteuer-Vergütungsantrags in Anh. A der Richtlinie 79/102/EWG Art. 3 Buchst. a verlangt eine „Unterschrift“ unter dem Antrag. Der BFH legt dem EuGH die Frage vor, ob der Vergütungsantrag zwingend vom Steuerpflichtigen persönlich oder bei einer juristischen Person von dem gesetzlichen Vertreter unterschrieben werden muss, oder ob die Unterschrift eines Bevollmächtigten (z. B. eines steuerlichen Vertreters oder Arbeitnehmers des Steuerpflichtigen) genügt (Beschluss vom 13.8.2008 – XI R 19/08).

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-2265-2 unter www.betriebs-berater.de

Verwaltungsanweisungen**BMF: Schreiben zur steuerlichen Behandlung von Arbeitgeberdarlehen**

Durch Schreiben vom 1.10.2008 – IV C 5 – S 2334/07/0009 – hat das BMF nicht nur den Begriff des Arbeitgeberdarlehens definiert, sondern auch Fragen geklärt, die sich immer wieder in der Praxis stellen: Ermittlung des geldwerten Vorteils (Bewertung, Vereinfachungsregelungen, Zufluss von Arbeitslohn und Versteuerung in Sonderfällen [Versteuerung bei fehlender Zahlung von Arbeitslohn bzw. bei Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis]).

Volltext des Schr.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-2265-3 unter www.betriebs-berater.de

BMF: Muster der Umsatzsteuererklärung 2008

Durch Schreiben vom 30.9.2008 – IV B 0 – S 7344/08/10001 – hat das BMF das Muster der Umsatzsteuererklärung 2008 eingeführt. Insbesondere wurden die Vordruckmuster für die Umsatzsteuererklärung und die Anlagen UR und UN scannergerecht gestaltet. Im Übrigen dienen die Änderungen vor allem der zeitlichen Anpassung.

Volltext des Schr.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-2265-4 unter www.betriebs-berater.de

BMF: Vorsteuerabzug bei Anschaffung/Herstellung von Gebäuden

Anlass für das BMF-Schreiben sind zwei BFH-Urteile (vom 28.9.2006 – V R 43/03; vom 22.11.2007 – V R 43/06). Darin hatte sich der BFH zur Ermittlung von abziehbaren Vorsteuerbeträgen aus der Anschaffung oder Herstellung bzw. dem Gebrauch eines Gebäudes geäußert, das sowohl der Erzielung vorsteuerunschädlicher als auch vorsteuerschädlicher Umsätze verwendet werden soll. Der BFH lässt nur eine Aufteilung der gesamten auf den einheitlichen Gegenstand

entfallenden Vorsteuerabzug zu. Das BMF schließt sich dem grundsätzlich an. Aufteilungsmaßstab ist in der Regel das Verhältnis der Nutzflächen für die steuerschädlichen bzw. -unschädlichen Umsätze zueinander.

Volltext des Schr.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-2265-5 unter www.betriebs-berater.de

Gesetzgebung**Bundesregierung:****Erbschaftsteuerreform noch umstritten**

Der Koalitionsausschuss der die Bundesregierung stellenden Parteien hat sich noch nicht auf die Einzelheiten der Erbschaftsteuerreform einigen können, so dass sich die Praxis noch nicht darauf einstellen kann. Umstritten sind immer noch die Freibeträge für Verwandte und Regelungen zur Unternehmensnachfolge. Am 9.10.2008 soll ein neuer Anlauf genommen werden, um zu einer Einigung zu gelangen (vgl. auch Presseschau in diesem Heft). Der BB wird über das Ergebnis berichten.

Finanzausschuss: JStG 2009 / Steuerbürokratieabbaugesetz – Expertenanhörung

Am 8.10.2008 fand die öffentliche Anhörung des Finanzausschusses zu den Gesetzentwürfen der Bundesregierung für ein Jahressteuergesetz 2009 (BT-Drs. 16/10189) mit 66 Experten und für ein Steuerbürokratieabbaugesetz (BT-Drs. 16/10188) mit 17 Sachverständigen statt. Der BB wird über die Ergebnisse berichten.

Zu dem Regierungsentwurf hat auch das IDW in einem Brief vom 2.10.2008 an den Finanzausschuss Stellung genommen.

Es äußert Bedenken, ob die vorgesehenen Regelungen zum Gemeinnützigkeitsrecht europarechtskonform sind.

Der Text des Schreibens ist abrufbar unter www.idw.de